

## Zusammenfassung

Als sich Erhard Eppler als Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit 1973 in Indien aufhielt, schien das südasiatische Land ebenso wie Pakistan aus Sicht fast aller Journalisten in einem politisch, wirtschaftlich und sozial eher hoffnungslosen Zustand zu sein. Es hatte – außer als Gegenwelt zur BRD – so gut wie keine Bedeutung mehr für Politik und Medien. Nicht einmal zwanzig Jahre zuvor galt Indien noch als politischer und wirtschaftlicher Hoffnungsträger und mit Nehru an der Spitze der Regierung sogar als moralische Instanz. Pakistan war in der ersten Hälfte der 1960er Jahre „das Modell eines vorbildlichen Entwicklungslandes“.

Ziel der Studie ist es, über die Perspektiven der medialen Akteure und Akteurinnen – Korrespondenten, Redakteure und Redakteurinnen, Karikaturisten, aber auch Publizisten und Publizistinnen – diesen Wandel des Südasiens- und speziell des Indienbildes nachvollziehen und so erklären zu können. Die Wahrnehmungen und Urteile der Journalisten und Journalistinnen wurden deshalb in die Debatten um die Funktionen von Entwicklungspolitik und „den Sinn von Entwicklungshilfe“ eingebunden und auf mögliche Wechselwirkungen untersucht. Der Eigen- und Fremdwahrnehmung wurde ebenfalls Beachtung geschenkt. Aber auch eine sich wandelnde Vorstellung von politischer Öffentlichkeit sollte über das Verhältnis zwischen Journalisten und Politikern untersucht werden.

Konkrete Fallstudien konzentrierten sich zum einen auf die Reisen von Politikern, Journalisten und Journalistinnen nach Südasiens und zum anderen auf die Bedeutung und Beurteilung von Ereignissen wie dem indisch-portugiesischen Konflikt um Goa und so unterschiedlichen Entwicklungsprojekten wie in Rourkela und Mandi oder den Bau des Mangla-Staudamms. So war es möglich, die Verflechtungen und Wirkungen von Ideologien und altersspezifischen Sinn-, Handlungs- und Deutungsmustern zu untersuchen.

Dabei stellte sich heraus, dass Maßstäbe auf kolonialen Diskursen und Annahmen auf kollektiv geteilten Erwartungen und Überzeugungen unterschiedlicher politischer Generationen basierten. Redaktionelle Linien spielten eher eine untergeordnete Rolle. Auch die Fokussierung und Konsonanz vieler Journalisten bei der Beurteilung des Konflikts zwischen Indien und Portugal um Goa lässt sich so erklären. Eine statisch-binäre Unterteilung in ein romantisches und utilitaristisches deutsches Indienbild greift daher zu kurz. Zusammen mit dem globalen politischen und sozialen Wandel be-

stimmten diese Maßstäbe und Annahmen sowohl transnationale Wahrnehmungen als auch die Debatten um das Thema „Entwicklungshilfe“ und um das globale Nord-Süd-Ungleichgewicht. Daran änderte auch eine teilweise kritischer werdende öffentliche Haltung zum Bild von den ehemals kolonisierten Gesellschaften am Ende der 1960er Jahre nicht viel. Das dominierende Wahrnehmungsmuster um den singulären und linear gedachten Entwicklungsstand von Regionen und Gesellschaften setzte spätestens ab Anfang der 1960er Jahre für Journalisten, Journalistinnen und Politiker den bestimmenden Maßstab für den Vergleich der westdeutschen Gesellschaft mit den Gesellschaften Südasiens.

Die Frage nach dem Einfluss der Medien auf die öffentliche Meinung zur sog. Dritten Welt und speziell zu Südasien hat zum einen gezeigt, dass Journalisten aus verschiedenen politischen Generationen in unterschiedlichen Beziehungen zu Politikern standen. Es lässt sich so auch ein Zusammenhang bei der Bewertung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen in den Ländern des Südens nachvollziehen. Es wurde zum anderen deutlich, dass die Wahrnehmungen von Südasien unterschiedliche Phasen durchliefen. Die Wirkungen des Zweiten Weltkriegs zeigten sich in einem gesellschaftsintegrierendem Diskurs nach der NS-Zeit und der Teilung Deutschlands. Die global als gültig akzeptierte soziale Konstruktion „Entwicklung“ sowie externe und interne Faktoren aufgrund des globalen politischen Wandels spielten dabei eine bedeutende Rolle. Die veränderten Handlungskompetenzen und Intentionen der neuen Eliten Indiens förderten den internationalen und auch transnationalen Austausch mit Beginn der 1950er Jahre. Auch die deutsche Gesellschaft hatte durch den verlorenen Krieg, die Besetzung durch die Alliierten und die anschließende Teilung des Landes eine massive Änderung der Handlungskompetenzen erfahren müssen.

Nur wenige Journalisten und Journalistinnen interessierten sich für Südasien. Ein Teil der politischen Generation, die den Krieg als ältere Erwachsene erlebt hatte, wie Marion Gräfin Dönhoff, sah die indische Gesellschaft in den 1950er Jahren als aktiven Part der sog. Dritten Welt und vereinnahmte Indien weniger politisch denn moralisch. Wohlwollen kennzeichnete sowohl die allgemeine Berichterstattung als auch die Haltung der meisten Politiker. Die zivilisatorische Überlegenheit war für eine kurze Zeit nicht spruchbar. Hans Walter Berg und andere Journalisten dieser Generation sahen, größtenteils im Konsens mit der westdeutschen politischen Führung, Indien und China stellvertretend für die Ost-West-Konfrontation. Durch

teilweise enge Verbindungen zwischen Medien und Politik, die in die Zeit vor 1945 reichten und die westdeutsche politische Öffentlichkeit prägten, war ein Austausch der Einschätzungen möglich. Sie hielten Nehrus außenpolitisches Konzept zwar für fragwürdig, aber sinnvoll zur Eindämmung der unkalkulierbaren chinesischen Interventionspolitik. Zudem wurde eine nachholende Entwicklung, orientiert an ökonomischen Maßstäben und ähnlich wie der Neuanfang in der BRD, auch in einer verzerrten Wahrnehmung für Indien für möglich gehalten.

Bis Ende der 1950er Jahre hatte sich in den Redaktionen die Überzeugung durchgesetzt, dass nur die politische und wirtschaftliche Form der BRD Deutschland vertreten könne. Somit waren die deutsch-deutsche Konkurrenz, das Interesse für das außenpolitische Konzept Indiens und Pakistans sowie die Entwicklung der kommunistischen Parteien in Indien die treibenden Themen. Der „Nehruvian Consensus“, dessen Idee in Bündnislosigkeit, „Self-Sustainability“ und Säkularismus bestand, überdauerte Nehru in der indischen Politik noch bis weit in die 1970er Jahre. Das von Journalisten als Schaukelpolitik wahrgenommene außenpolitische Konzept von Indien und anderen Ländern der sog. Dritten Welt führte zusammen mit der westdeutschen entwicklungspolitischen Konzeption zu einer drastischen Verschlechterung des Indienbildes in der medialen westdeutschen Öffentlichkeit.

Die Einnahme Goas in der Umbruchphase von Dekolonisation und Ost-West-Konflikt war aus Sicht vieler Journalisten auch aus diesem Grund nicht zu rechtfertigen. Die Debatten um den Bau des Stahlwerks in Rourkela und die Wahrnehmung der indischen Gesellschaft fanden Anfang der 1960er Jahre im Kontext von ökonomischer Entwicklung und Prestigesteigerung der BRD statt; der Ost-West-Konflikt bot die Plattform dazu. Die auf wenige Topoi verdichteten Rechtfertigungen belegen die eingeschränkten perzeptiven Ebenen von Indien und auch die negative Wahrnehmung der sog. Entwicklungshilfe speziell ab „dem Afrikajahr“ 1960.

Besonders in den 1960er Jahren sah die Generation „der 45er“, geboren von Anfang der 1920er bis Anfang der 1930er Jahre, in der Möglichkeit der Länder Asiens und Afrikas, auf die Hallsteindoktrin zu reagieren, einen Akt der Erpressung und Ausnutzung der deutschen Notlage. Journalisten, die sich, wie Leo Brawand, aufgrund ihres Alters nicht für politische Entscheidungen während der NS-Zeit verantwortlich fühlten, nahmen sich als Verlierer und Betrogene wahr. Ihre Identifikation mit dem neuen Staat bestimmte auch ihre Wahrnehmung von Südasien. Die Deutsche Frage ver-

bunden mit einer scharfen Ablehnung der DDR kennzeichnete deshalb Klaus Natorps Berichterstattung zur grundsätzlichen Vergabe von entwicklungspolitischen Leistungen losgelöst von der wirtschaftlichen und sozialen Situation, in der sich das Land befand. Die jeweiligen Regierungen entschieden so mit ihrer politischen Orientierung selbst, ob sie die Unterstützung der BRD erwarten konnten. Das starke Interesse für die Länder Südasiens kann u.a. durch das außenpolitische Konzept des Alleinvertretungsanspruchs begründet werden und erklärt zudem den langsamen Umschwung in den Ansichten einzelner Journalisten in den 1970er Jahren. Die Billigung der Behinderung bzw. Einschränkung demokratischer Institutionen wie in Pakistan unterlag zum Teil dieser Wahrnehmung und der Sorge um die politische Stabilität des Landes und einer Angst vor einem möglichen kommunistischen Umsturz.

Die entwicklungspolitischen Maßnahmen der jeweiligen Regierungen wurden in den 1960er Jahren in der politischen Öffentlichkeit als eine nicht akzeptierbare Verschwendung von Steuergeldern wahrgenommen, die sinnvoller für die eigene Gesellschaft hätte verwendet werden sollen. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit unter den Ministern Scheel, Wischniewski und Eppler versuchte – medial transportiert – ihr jeweiliges entwicklungspolitisches Konzept zu rechtfertigen. Die Journalisten und insbesondere die SPIEGEL-Redaktion verdeutlichten zum einen mit ihrer kritischen Haltung zur Entwicklungspolitik der Regierung den Wandel in der politischen Öffentlichkeit der BRD. Mit Blick auf Südasien vermittelten sie zum anderen die Wahrnehmung von der Unfähigkeit der politischen Eliten in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas über die Zweckentfremdung dieser Maßnahmen für Rüstung und Kriege und zur eigenen Bereicherung. Indien und Pakistan waren dafür Beweis genug mit der Höhe der Militärausgaben und den Kriegen von 1965 und 1971. Bevölkerungswachstum und Nahrungsmittelknappheit waren Zeichen einer selbstverschuldeten kulturellen Rückständigkeit, deren andere Seite eine europäisch-atlantische natürliche Überlegenheit in Entwicklungsstadien darstellte.

Indien bildete in dieser Hinsicht das Paradebeispiel. Privatpersonen, Politiker und Journalisten machten in der westdeutschen Öffentlichkeit besonders den Hinduismus für die Starrheit und Rückständigkeit der indischen Gesellschaft in den 1960er Jahren verantwortlich. Indien verlor als Symbol des selbstverschuldeten und endogen erklärten Zustandes der sog. Entwicklungsländer in zunehmendem Maße seine positive Bedeutung. Der Demokratisierungsprozess wurde mit Sorge um die politische Stabilität des Landes

beobachtet. Das Pakistanbild war – bedingt durch eine klare Äußerung zum westlichen Bündnis – bei den Journalisten in den 1960er Jahren bis zum Ende des Ayub Khan-Regimes besser beleumundet. Knapp zehn Jahre nachdem Marion Gräfin Dönhoff die Hoffnung in die indische Gesellschaft gesetzt hatte, durch ihre Kultur und politische Führung zu einer anderen Art der Selbstauffassung und einem Vorbild in Fragen der Konfliktlösung zu gelangen, blieb das Bild von einer negativ konnotierten indischen hinduistischen Gesellschaft. Von der gemeinsamen Identität, auf die noch Ernst Wilhelm Meyer<sup>1</sup> 1966 verwies und die auch eine Befreiung nach dem Zweiten Weltkrieg und ein ähnliches Schicksal durch Teilung und Bedrohung in den 1950er Jahren einschloss, blieb schließlich nur die westdeutsche Gesellschaft in der Identität des zivilisatorisch überlegenen Opfers. Der niedrige Lebensstandard neutraler, blockfreier Länder wie Indien schien durch kommunistische Umstürze und das Bevölkerungswachstum gefährdet und gefährdete auch die eigene Gesellschaft. Armut bewirkte so aus Eigeninteresse ein finanzielles Engagement der westdeutschen Gesellschaft.

Die Haltungen der einzelnen medialen Südasien-Experten und Expertinnen waren Anfang der 1970er Jahre unterschiedlich. Gerade Indien schien auch da noch als Schlüsselland mit einer Signalwirkung auf andere Länder wichtig. Indiens Wandel im Demokratisierungsprozess ließ die wohlwollend berichtenden Journalisten und Journalistinnen daher in einem Wechselbad der Befürchtungen zurück. Die Jahre 1971 und 1972 wurden zum emotionalen Wendepunkt. Dafür sorgten zum einen die mediale Sicht auf den pakistanischen Bürgerkrieg, der in den dritten indisch-pakistanischen Krieg mündete. Zum anderen steigerte die Anerkennung der DDR durch Indien und das Unverständnis über Indiens Politik vor und nach dem Krieg die Enttäuschung der Journalisten und Journalistinnen – resultierend aus den übergroßen Erwartungen, die in Indien und auch Pakistan gesetzt worden waren.

Die Haltungen der Journalisten spiegelten neben der Zugehörigkeit zu politischen Generationen auch die redaktionellen Linien in unterschiedlichen Graden von normativen Verletzungen wieder. Die einzelnen Journalisten kennzeichneten zudem individuelle Ansprüche an die eigene Recherche und Berichterstattung – beeinflusst von Befürchtungen und Erwartungen. Indien schien für den „45er“ Klaus Natorp, Redakteur und Reisekorrespondent der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG, als ein Land, das

---

<sup>1</sup> Meyer, Nehru wollte ein freies Indien. In: Die Zeit, 18.2.1966.

beobachtet werden musste. Die Sorge um die Stabilität der eigenen Gesellschaft ließen auch für ihn die entwicklungspolitischen Maßnahmen zu einem außen- und wirtschaftspolitischen Instrument werden, Südasien war für ihn – ebenso wie Afrika – von besonderem Interesse. Die Pluralisierung in der westdeutschen Öffentlichkeit am Ende der 1960er Jahre und ein Umschwung in der außenpolitischen und entwicklungspolitischen Konzeption der sozial-liberalen Koalition sowie die Nähe zu Erhard Eppler änderte die Haltung des Journalisten zu den entwicklungspolitischen Maßnahmen und drängte die Bedeutung der eigenen Gesellschaft zu Gunsten der Verbesserung der Lage in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zurück. Die Funktion der sog. Entwicklungshilfe wandelte sich so auch in eine mehr als altruistisch wahrgenommene.

Der Journalist konnte auf mehreren Reisen allein oder im Rahmen von Staatsbesuchen durch Südasien Erfahrungen sammeln. Indien verhinderte für ihn durch eine ineffiziente Verwaltung und die außenpolitische Ausrichtung eine wirtschaftliche und Anfang der 1970er Jahre noch gewünschte nachholende Entwicklung. Wie alle anderen Journalisten und Journalistinnen war auch Natorp davon überzeugt, dass es zur politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung nach europäischer Norm keine Alternative gab. Eine gewisse Unsicherheit zur möglichen Entwicklung in Indien, wie sie Anfang der 1950er Jahre noch unter dem Eindruck des Krieges zu spüren war, existierte ab Anfang der 1960er nicht mehr und verhinderte auch bei ihm unterschiedliche Perspektiven auf die Konsequenzen von Entwicklungsmaßnahmen bzw. die Möglichkeiten neuer Maßnahmen wie der Förderung des europäisch-nordatlantisch ausgerichteten Tourismus.

Den Demokratisierungsprozess in Indien verfolgte Natorp über mehrere Reisen kritisch, aber wohlwollend. Pakistan dagegen schien sich zunächst über eine „milde“ Diktatur politisch stabilisieren zu können. Weder Klaus Natorp noch Thilo Bode nahmen den Modernisierungsprozess ursächlich für einen als negativ wahrgenommen gesellschaftlichen Wandel wahr. Natorps Vorstellungen von akzeptablem Verhalten erreichten ihre Grenze, wenn das Handeln von pakistanischen und indischen Politikern seinen Normen und Werten widersprach oder er die Handlungen von Personen nicht mehr nachvollziehen konnte. Sie erschienen ihm dann wie die Bengalen als emotional oder sogar fanatisch.

Natorp orientierte sich – anders als die SPIEGEL-Redakteure – weniger an der redaktionellen Linie, sondern an seinen eigenen Normen und Werten und daraus resultierenden Überzeugungen. Dabei waren für ihn – neben ei-

ner ersichtlichen Trennung von Meinung und Nachricht – eine größtmögliche Transparenz bei seinen Beziehungen zu in- und ausländischen Politikern sowie die Offenlegung seiner Recherchewege wichtig. Hans Walter Berg ließ eine eher impressionistische Sicht bei seinen Sendungen zu Rourke und dem Krieg 1971 vermissen. Seine Erklärungen vermittelten aber trotz des eigenen Blickwinkels den Eindruck von Objektivität. Die Erwartungen, die von „den Kriegskindern“, geboren am Ende des Ersten Weltkriegs, mit Nehru und der indischen Führung verknüpft wurden, dominierten den medialen Blick von Berg, Bode und Dönhoff.

Die westdeutsche Gesellschaft schien aus Sicht von Historikern, Sozialwissenschaftlern und Sozialwissenschaftlerinnen bis Ende der 1990er Jahre manipuliert durch die Massenmedien. Aber auch die westdeutschen Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen unterschieden sich in einem Punkt nicht von den Journalisten und Journalistinnen. Auch sie gehörten zur politischen Generation „der 45er“ und „der 68er“, die eine besondere Art des Denkens, Handelns und Fühlens verbindet. Eine der Auswirkungen war, dass dem medialen Bild von den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in der Öffentlichkeit sowohl von wissenschaftlicher als auch von wissenschaftspolitischer Seite keine besondere bzw. eher eine negative Bedeutung zugemessen wurde. Dabei wurden Latenzen in der westdeutschen Gesellschaft – aufgegriffen durch die medialen Akteure und Akteurinnen – und die Sozialisation der Redakteure, Redakteurinnen, Korrespondenten, Korrespondentinnen, Publizisten und Publizistinnen selbst vernachlässigt und dem Verhältnis von Medien und Politik wenig Beachtung geschenkt.

Die Aufgabe der „Post-68er“-Generationen sollte es sein, die Gründe und Intentionen der politischen Beziehungen zwischen der BRD und Ländern wie Indien und Pakistan zu verstehen und dabei die medialen Akteure und Akteurinnen und ihre Rolle bei der Vermittlung politischer und gesellschaftlicher Prozesse in Südasien auch nach 1973 nicht zu vernachlässigen. Natorps gute Kontakte zu Zia-ul Haq, der 1977 nach einem Militärputsch gegen Bhutto bis 1988 in Pakistan die Regierungsgewalt inne hatte, ermöglichten es ihm, in den inneren Kreis der Generäle zu gelangen. Pakistan rückte bedingt durch den russischen Einmarsch in Afghanistan verstärkt ins mediale Blickfeld. Der erste Kontakt zwischen Journalist und General fand in Frankfurt bei einer Zwischenlandung des von der deutschen Regierung nicht geschätzten neuen Staatspräsidenten nach seiner Rückkehr von der Konferenz der Blockfreien in Havanna 1979 statt. Natorp war einer der wenigen, die sich auf den Weg zu ihm machten. In diesem Zusammenhang in-

teressiert auch der erneute generationelle Wandel in der medialen Wahrnehmung Südasiens. Bereits die Kritik von Carlos Widmann an der Entwicklungspolitik der BRD machte dies 1973 deutlich.

Aber nicht nur auf das Südasienbild hatten die medialen Akteure und Akteurinnen mit ihren Artikeln großen Einfluss, sondern auch auf die Wahrnehmung von Afrika. Welche Bedeutung der Austausch zwischen medialen Akteuren und Politikern zu Afrika hatte, lohnt eine Untersuchung. Die Beurteilungen der Entwicklungen in Südafrika, Namibia und Nigeria gaben die Wahrnehmung der eigenen Identität und Einblicke in Annahmen und Erwartungen wider. Nur wenige Journalisten, darunter auch Klaus Natorp, konzentrierten sich ab Mitte der 1970er Jahre kontinuierlich auf Verlauf und Ergebnis von entwicklungspolitischen Konferenzen. Mit Theodor Hanf, dem Direktor des Bergsträsser Instituts in Freiburg, gab es Kontakte in Bezug auf die Möglichkeiten demokratischer Konfliktregelung und die Untersuchungen Hanfs in Südafrika. Natorp nahm in diesem Zusammenhang ebenfalls an der Konferenz in Titisee im Schwarzwald teil, als sich Vertreter unterschiedlicher Parteien in der BRD trafen, um über die Situation in Südafrika zu diskutieren. Er griff die Stimmung in der Bevölkerung zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung auf, beschrieb mögliche neue Entwicklungsstrategien und kommentierte Ereignisse und Prozesse. Dadurch ergeben sich Ansätze, auch die sog. zweite und dritte Entwicklungsdekade aus medialer Sicht zu untersuchen und so trotz der Sperrung einschlägiger Akten zu Ergebnissen zu gelangen. Die medialen Akteure und Akteurinnen machen einen Bedeutungswandel über ihre Funktion als Vermittler politischer Entscheidungen und gesellschaftlicher Stimmungen deutlich.

Allerdings wäre eine Fortführung der Arbeiten von Amit Das Gupta zu den deutsch-indischen Beziehungen oder dem institutionellen Umgang im globalen Nord-Süd-Verhältnis, wie er bis Anfang der 1970er Jahre durch Bastian Hein und Dorothee Weitbrecht untersucht wurde, gleichfalls wünschenswert.

Es ist tragisch, dass gerade auch die Indien, Pakistan und anderen Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gegenüber wohlgesonnenen Journalisten und Journalistinnen Ende der 1960er Jahre die Topoi von „der Sinnlosigkeit von Entwicklungshilfe“ in ihrer Berichterstattung förderten. Die Ereignisse Ende der 1960er Jahre ließen aus journalistischer Sicht kaum einen anderen Blickwinkel zu. Dies lag zum einen am Ost-West-Konflikt, der besonders die Generation „der 45er“ polarisierte und hinsichtlich der nationalen und



internationalen Stabilität verunsicherte, und zum anderen an der von Politikern und Journalisten nie kritisch hinterfragten Annahme von der Überlegenheit der eigenen Gesellschaft. Die Folgen von Kolonialismus bei den Gesellschaften in Asien, Afrika und Lateinamerika wurden größtenteils ausgeblendet. Die dahinter verborgenen Annahmen offenbarten ab Ende der 1950er Jahre eine Sicht auf die ehemaligen Kolonien, die von einer hierarchisch geprägten Differenz als „Unterentwicklung“ bestimmt war.

Gerade diese Differenz wurde auch von den Eliten der nun unabhängigen Länder akzeptiert und ließ sie die eigene Gesellschaft als rückständig und unmodern wahrnehmen. Die Bedeutung von Modernität und die Verflochtenheit von aktivem Handeln, passivem Hinnehmen und einer Verinnerlichung versinnbildlichte die deutsch-indische Zusammenarbeit in Rourkela und die in diesem Zusammenhang medial ausgetragene Debatte. Die Eliten Indiens und Pakistans orientierten sich bei zukünftig möglichen Entwicklungen an der Norm der Industrieländer und spielten in einem Spiel, dessen Spielregeln sie nicht beherrschten und so kaum beeinflussen konnten. Die medialen Akteure und Akteurinnen, die von der Überlegenheit der eigenen Gesellschaft und auch von ihren Experten überzeugt waren, hielten die eigenen Interessen grundsätzlich für schützenswert und verstärkten mit ihrer Berichterstattung über Kriege und Krisen das Bild von größtenteils rückständigen Gesellschaften.

Abschließend kann festgestellt werden, dass auch in der westdeutschen Gesellschaft nach anfänglicher Unsicherheit und der Suche nach einer Identität erneut koloniales Gedankengut das Fundament für eine Wahrnehmung der Welt allerdings nun in „unterentwickelte und entwickelte Regionen“ bereitete. Auch die deutsche Gesellschaft zählt trotz der kurzen Zeitperiode als Kolonialmacht zu den nachimperialen Gesellschaften und ist durch die Verhaftung in kolonialen Diskursen geprägt. Die Bilder von der sog. Dritten Welt in der westdeutschen Öffentlichkeit geben darüber Zeugnis. Dies findet in der Historisierung der entwicklungspolitischen Praxis im Zusammenhang mit der Beurteilung von *Entwicklung* bisher kaum Beachtung und erschwert so letztendlich auch das Verstehen des Umgangs mit aktuellen Problemen durch Politiker, Politikerinnen und Gesellschaft. Bis heute kann so auch die Debatte um den Umgang mit der deutschen Kolonialschuld kontrovers geführt werden.

Die innere Stabilisierung der Bundesrepublik, auch durch den wirtschaftlichen Wohlstand, schaffte nur bei einem geringen Teil der Gesellschaft das Bedürfnis, zu einer aktiven Veränderung der sich dramatisch verschlech-

ternden Situation in den Ländern der sog. Dritten Welt beizutragen. Die Berichterstattung zum Tourismus und den Möglichkeiten in Südasien machen auch in dieser Hinsicht die Akzeptanz einer sozial geteilten Welt deutlich. Dieses dominierende Wahrnehmungsmuster wurde ebenfalls von den Eliten der nach Unabhängigkeit strebenden neuen Staaten aufgrund ihrer Sozialisation in den Metropolen übernommen. Erst diese Haltung ermöglichte den Kontakt von Politikern und das Interesse der Journalisten und der wenigen Journalistinnen. In ihrer Funktion als Vermittler griffen sie dabei latente und gesellschaftlich akzeptierte Überzeugungen auf und orientierten sich an kollektiv gemachten Erfahrungen. Diese Perspektiven beschränkten auch die eigene Persönlichkeit aus Normen und Werten.

Klaus Natorp als Vertreter eines Lagers der „45er“-Generation gelang dabei ein facettenreiches, strukturiertes und auch lebendiges Bild von Indien und Pakistan, da er bereit war, Gewissheiten bis zu einem bestimmten Grad über unterschiedliche perzeptive Ebenen zu hinterfragen und sich bei seinen Reisen auch nicht scheute, für ihn unbequeme Wege einzuschlagen.